

MEDIENMITTEILUNG DER VERHANDLUNGSGEMEINSCHAFT BUNDESPERSONAL (VGB)

Die Personalverbände fordern Massnahmen für bessere Vereinbarkeit

Den Bundesfinanzen geht es glänzend, für 2018 und 2019 werden weitere Überschüsse in Milliardenhöhe prognostiziert. Höchste Zeit, um in eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit zu investieren, meint die Verhandlungsgemeinschaft VGB, deren Personalverbänden PVB, Garanto, VPOD und PVfedpol die meisten Bundesangestellten angehören. Die Personalbefragung hat gezeigt, dass es für viele Mitarbeitende schwierig ist, Familienpflichten und die beruflichen Anforderungen zu vereinbaren. Das soll sich ändern. Die Personalverbände starten deshalb eine Kampagne, um mehr Druck auf den Bundesrat zu machen, mit folgenden Forderungen:

Für die Betreuung von kranken Angehörigen soll ein bezahlter Urlaub von bis zu vier Monaten gewährt werden.

Junge Mütter und Väter sollen von einem Elternurlaub von zwei Monaten zusätzlich zum Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub profitieren können.

Die Jahresarbeitszeit wird zugunsten der Mitarbeitenden flexibler ausgestaltet, nicht nur der Positivsaldo, sondern auch der Negativsaldo darf Ende Jahr bis zu 50 Stunden betragen.

Alle Angestellten sollen ihr Pensum auf 60% reduzieren dürfen, aber sie haben auch das Recht, von vorübergehender Teilzeit in ein Vollzeitpensum zurückzukehren.

Bei Mutterschaftsabsenzen und anderen längeren Abwesenheiten werden befristete Ersatzstellen geschaffen um die anderen Mitarbeitenden zu entlasten.

Home-Office wird ermöglicht und klar geregelt, und Arbeit auf dem Arbeitsweg wird angerechnet.

Solche Massnahmen sind keineswegs überrissen, sie gelten heute schon in fortschrittlichen Unternehmen und Institutionen. Der Bundesrat muss jetzt nachziehen, fordert die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal.

Für Auskünfte:

- Janine Wicki, Präsidentin VGB und Generalsekretärin PVB, Tel. 079 238 10 40
- Christof Jakob, GL-Mitglied VGB und VPOD-Sekretär, Tel. 077 447 29 03